



September 2010

Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **Computerkriminalität: Insider als Hauptgegner der Wirtschaft** Seite 2
- **Grüne Jobs: Riesenchance für den US-Arbeitsmarkt** Seite 2
- **Verursacher von Umweltschäden sollten global haften** Seite 3
- **Lithium: Ressourcennationalismus als Stolperstein für Bolivien** Seite 4
- **Ressourcenknappheit: Kooperation als Überlebensstrategie** Seite 5
- **Terrorismus: Zentralasien als neue Front** Seite 5
- **Pro & Contra:**
- Israel vs. Iran: der nuklearen Herausforderung aktiv begegnen?**
- Pro: Israel muss schnell unter den NATO-Schirm* Seite 6
- Contra: Panikmache ist nicht gerechtfertigt* Seite 7

Studentenwettbewerb

Ideas with Impact

Atlantic-community.org – der Online Think Tank der Atlantischen Initiative – ruft Studierende aller Fachrichtungen dazu auf, Ideen und Lösungsansätze zu komplexen Fragen der internationalen Politik zu entwickeln, die auch neue Chancen für transatlantische Zusammenarbeit bieten. Im englischsprachigen Wettbewerb stellen Teilnehmer ihre Ideen in einem Workshop vor und erarbeiten gemeinsam Handlungsempfehlungen für die Politik. Die drei Themenkategorien, Klimawandel, Iran und Russland, sind vor allem Bereiche, in denen die deutsche Außenpolitik einen starken Einfluss haben kann. Neben Preisgeldern in Höhe von insgesamt € 4.350 winkt den Gewinnern eine Reise nach Berlin, wo sie die besten Ideen vorstellen können.

Mehr Informationen unter:

<http://www.atlantic-community.org/index/about/competition>

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 22.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service. Die *Global Must Reads* erscheinen auf Deutsch und in einer internationalen Ausgabe auf Englisch.

Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67
10117 Berlin
Germany

Tel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.246 303 633

www.atlantische-initiative.org
info@atlantische-initiative.org

Vorstand

Dr. Johannes Bohnen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Beirat

Dr. Rudolf Adam
Dr. Ronald D. Asmus
Prof. Dr. Arnulf Baring
Dr. Christoph Bertram
Carl-Eduard von Bismarck
Dr. Philip v. Boehm-Bezing
Dr. Mark Brzezinski
Jürgen Chrobog
Thomas L. Farmer
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger
Dr. Jeffrey Gedmin
Prof. Dr. Helga Haftendorn
Dr. John C. Hulsman
Dr. Michael J. Inacker
Dr. Jackson Janes
Marvin Kalb
Dr. Walther Leisler Kiep
Eckart von Klaeden
Hans-Ulrich Klose
John Kornblum
Dr. Charles Kupchan
Alexander Graf Lambsdorff
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Dr. Beate Lindemann
Heike MacKerron
Dr. Norbert Otten
Cem Özdemir
Ruprecht Polenz
Avi Primor
Andrew Rasiej
Prof. Dr. E. Sandschneider
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik
Karsten D. Voigt
Lord Wallace

Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.
Bankhaus Löbbecke AG
Bankleitzahl: 100 30 500
Kontonummer: 12 57 95 00

Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701
USt-IdNr.: DE 252416799

Computerkriminalität: Insider als Hauptgegner der Wirtschaft

Stefan Weiss und Thomas Fritzsche, e-crime Studie 2010: Computerkriminalität in der deutschen Wirtschaft, *KPMG*, 01.09.2010

Die wachsende globale Vernetzung hat zu einem rasanten Anstieg der Computerkriminalität (e-Kriminalität) geführt: Ein Viertel aller befragten deutschen Unternehmen erlitten in den vergangenen drei Jahren entsprechende Angriffe. Bei Datendiebstahl und dem Ausspähen unternehmenskritischer Informationen führen solche Ereignisse schnell zu Schäden von durchschnittlich einer Million Euro. Trotz der Finanzkrise haben daher viele Unternehmen ihre Ausgaben für IT-Sicherheit erhöht und planen weitere Aufstockungen, denn sie liefern sich inzwischen ein Wettrüsten mit den Angreifern. Doch diese Bemühungen werden wenig fruchten, solange die Geschäftswelt weiterhin von einem stereotypisch geprägten Feindbild ausgeht und somit zentrale Chancen bei der Bekämpfung des Übels vergibt.

Für die meisten Delikte sind schon lange nicht mehr schrullige Hacker oder ausländische Spione verantwortlich, wie man es aus Film und Fernsehen kennt. Mindestens genauso großer, wenn nicht sogar mehr Schaden wird von Insidern angerichtet: Kollegen, ehemalige Mitarbeiter oder Partner. Insider-Wissen erleichtert den Kriminellen den Zugang zu wertvollen Daten enorm.

86% der Unternehmer sehen in der Computerkriminalität eine reale Gefahr für ihre Geschäftstätigkeit. Die beliebtesten (weil profitabelsten) Angriffsziele sind Kunden- und Arbeitnehmerdatenbanken. In Deutschland sind größere Firmen (31%) stärker betroffen als mittlere (26%) und kleinere (22%). Ganz oben auf der Liste der Angriffsziele steht die Automobilindustrie (35%), gefolgt von Elektronik und Software (32%), aber auch Verlagen und Medien (ebenfalls 32%). Die Finanzkrise hat auf Grund der durch sie bedingten Entlassungen die Gruppe der potentiellen Täter enorm ansteigen lassen: Ehemalige, loyale Mitarbeiter, die ihre Kündigung als ungerechtfertigt empfinden, sowie Teilzeitkräfte und Leiharbeiter, die sich ungerecht behandelt fühlen, erfüllen die Kriterien des sogenannten Betrugsdreiecks (*fraud triangle*): Rechtfertigung, Motivation und Gelegenheit. Auch betriebsinterne Ereignisse wie der Verkauf eines Unternehmensbereichs machen den Verkauf relevanter Daten besonders verlockend für Insider. Dass gegenwärtige und ehemalige Mitarbeiter das größte Gefahrenpotential darstellen, dringt auch langsam in das Bewusstsein der Führungsetagen ein: Fast 70% sehen e-Kriminalität nicht mehr als länderspezifisch und, trotz des medialen Einflusses, ausländische Spione nicht länger als Hauptverdächtige.

Doch in der Bekämpfung der Delikte ist diese Erkenntnis bis heute nicht angekommen: Es wird weiter auf IT-Abteilungen und neueste technische Spielereien gesetzt. Dabei sollten sich die Verantwortlichen stärker mit dem mit dem Faktor Mensch beschäftigen: 48% der Täter waren Mitarbeiter, 24% sonstige Insider und 7% gar Mitglieder des Managements. Vor allem Systemadministratoren und IT-Abteilungen selbst stellen eine Insider-Gefahrenquelle dar, die von der Geschäftsleitung regelmäßig unterschätzt wird. Die effektive Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität bedarf eindeutig etablierter, zuverlässiger und kontrollierbarer Kanäle im Unternehmen selbst. Daher darf die Bekämpfung der e-Kriminalität nicht länger alleine von IT-Abteilungen gehandhabt werden, sondern muss viel stärker die interne Revision und die Geschäftsführung einbeziehen. [Mehr...](#)

Grüne Jobs: Riesenchance für den US-Arbeitsmarkt

Christine Wörten, Three Hundred Thousand Clean Energy Jobs: Low Carbon Growth in Germany and the U.S., *Heinrich Böll Stiftung*, 20.07.2010

Dass der transatlantische Ideenaustausch auch einmal in ungewohnter Richtung angegangen werden kann, wird bei den erneuerbaren Energien sichtbar: Denn hier ist Deutschland weltweit führend und die USA täten gut daran, aus den deutschen Erfahrungen zu lernen. Was die US-Amerikaner angesichts der Arbeitslosigkeit von fast 10% im August durchaus inspirieren sollte, ist die Schaffung von Arbeitsplätzen durch grüne Technologien: Deutschland verdankt allein diesem Sektor 300.000 neue Arbeitsplätze. Zentral für den Erfolg eines solchen Ideentransfers sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Sektor der Erneuerbaren Energien. In diesem Zusammenhang ist die US-amerikanische Bundesebene nur mit der Gesetzgebung auf EU-Ebene vergleichbar, während die nationalen deutschen Erfahrungen direkt auf der Ebene der Bundesstaaten umsetzbar sind.

Vor allem drei Staaten des amerikanischen Mittleren Westens sind geradezu prädestiniert, um bei den erneuerbaren Energien auf das deutsche Vorbild zu setzen: Indiana, Minnesota und Michigan. Denn dort ähneln nicht nur die klimatischen Bedingungen denen Deutschlands, sondern diese Regionen sind besonders hart von dem Abstieg der US-Automobilbranche betroffen und suchen dringend neue Investitionen. Auf Grund des rauen Klimas können in allen drei Staaten enorme Energieersparnisse alleine durch Wärmedämmung nach deutschem Vorbild erzielt werden. Vor allem in Indiana bietet sich die Nutzung der Windenergie an, um die Heiz- und Energiekosten für die Einwohner drastisch zu senken. So könnte der Bundesstaat seine Abhängigkeit von teuren Kohleimporten deutlich verringern. Viele der in Schwierigkeiten geratenen Automobilhersteller könnten ihre Betriebe relativ leicht auf die Produktion von Bauteilen für die Herstellung von Windturbinen umstellen. Im Falle Minnesotas wäre die Entwicklung von Einspeisetarifen für Wind und Solar nach deutschem Vorbild vorteilhaft, da die Energieherstellung meist in lokalem Besitz ist. Michigan wiederum hat sich bereits einen Namen gemacht mit einer Kampagne, die mit günstigen Konditionen innovative Hightech-Firmen anzieht. Diese Kampagne müsste jetzt lediglich gezielt auf grüne Firmen ausgerichtet werden, um das Image des Staates als nationales Zentrum für die Forschung bei erneuerbaren Energien auszubauen. Ebenfalls in Michigan bieten sich deutsche Finanzierungsmodelle an, um die Errichtung von Windparks voranzutreiben.

Doch nicht nur im Mittleren Westen würde die Wirtschaft von Investitionen in saubere Energien profitieren. Überall in den USA könnte eine Förderung grüner Technologien die Anliegen des Umweltschutzes voranbringen und ein Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Aufstieg und dessen Auswirkungen auf die Natur fördern. In Deutschland wird laut Experten 2020 rund 40% der Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Für die USA wird ein Anstreben ähnlicher Erfolgswerte auch sicherheitspolitisch von enormer Bedeutung sein, da die erneuerbaren Energien bei richtiger Umsetzung einen wesentlichen Beitrag zur Energiesicherheit und Unabhängigkeit des Landes leisten können. [Mehr...](#)

Verursacher von Umweltschäden sollten global haften

Martin Khor, Pay Developing Nations for Eco Disasters, *South Centre*, Juli 2010

Der Medienrummel um das Ölleck im Golf von Mexiko hinterlässt eine Beigeschmack: Anscheinend ist nicht das Ausmaß des durch multinationale Firmen verursachten Umweltschadens ausschlaggebend für Entschädigungszahlungen, sondern die Identität der geschädigten Partei – in diesem Fall die USA. Die Bewohner von Entwicklungsländern wurden in den vergangenen Jahrzehnten durch wesentlich schwerwiegendere Unfälle stark geschädigt, ohne dass es je zu Schadensersatzleistungen kam. Daher ist es höchste Zeit, dass vor allem Regierungen in Entwicklungsländern dem Vorbild der Obama-Administration Folge leisten und umweltverschmutzende, internationale Firmen dazu zwingen, für die Folgekosten ihrer geschäftlichen Tätigkeiten auch aufzukommen.

Auch wenn die Affäre um BP in aller Munde ist, sind doch großflächige Umweltschäden durch die globale Tätigkeit privater Firmen nichts Neues. Was neu ist, sind die konzentrierten und erfolgreichen Anstrengungen einer Regierung (der USA), den Umweltverschmutzer (BP) zur Rechenschaft zu ziehen. Dass dies nicht immer so war und vor allem im Kontext der Entwicklungsländer bisher noch nie so gewesen ist, machen folgende Beispiele klar: In Ecuador hat Texaco (heute Chevron) jahrelang das Amazonasgebiet durch das Entsorgen von Rohöl im Regenwald vergiftet. Das Niger-Delta ist aufgrund alter, undichter Bohrlöcher eine einzige Umweltkatastrophe. Weder in Nigeria noch in Ecuador gelang es, angemessene Entschädigungszahlungen einzuklagen. Teils lag das an dem Widerstreben der Firmen, ihre Schuld einzugestehen und Ausgleichszahlungen zu leisten, teils an der Unfähigkeit und Korruption der Regierungen vor Ort: Das bekannteste Beispiel hierfür ist und bleibt Bhopal in Indien, wo über 2.300 Menschen auf Grund eines Giftgasunfalls bei Union Carbide zu Tode kamen, Zehntausende verletzt wurden und noch mehr lebenslange Gesundheitsschäden davon trugen. Hier wurden zwar symbolische Entschädigungszahlungen eingefordert, aber diese reichten angesichts des immensen Schadens bei Weitem nicht aus. Inspiriert von

den Erfolgen der US-Amerikaner versuchen heute Geschädigte erneut, ihren Forderungen Gehör zu verschaffen – auch vor Gericht.

Worüber sich nicht nur die Regierungen in Entwicklungsländern klar werden müssen, sondern auch die der Heimatländer der betroffenen multinationalen Großkonzerne, ist, dass die Firmen für den Schaden, der den Menschen, der Wirtschaft und der Gesellschaft vor Ort entstanden ist, aufkommen müssen. Es kann nicht sein, dass die Konzerne die Profite einstreichen, aber die Folgekosten ihrer Tätigkeit ignorieren. In den Stammländern der Mutterkonzerne müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die dort ansässige Firmen verpflichten, auch für im Ausland verursachte Schäden Entschädigungen zu zahlen. Außerdem müssen so schnell wie möglich internationale Abkommen getroffen werden, die Schadensersatzforderungen und Zahlungen bei Umweltschäden klären und festlegen. [Mehr...](#)

Lithium: Ressourcennationalismus als Stolperstein für Bolivien

David R. Mares, Lithium in Bolivia: Can Resource Nationalism Deliver for Bolivians and the World? *Baker Institute*, September 2010

Die Ressourcenpolitik Boliviens hemmt die Entwicklung des eigenen Landes. Will die bolivianische Regierung ein wichtiger Spieler auf dem internationalen Lithiummarkt werden, dann muss sie dringend die Beteiligung von Privatfirmen, auch internationalen Konzernen, an der Nutzung ihrer Naturschätze zulassen. Denn nur diese besitzen die wirtschaftliche Kraft und operative Effizienz, den Lithiumabbau profitabel zu machen und dem bitterarmen Land zum Aufschwung zu verhelfen. Bisher stehen der Ressourcennationalismus des Landes und das signifikante, jedoch unsichere Marktpotential des Lithiums dem effektiven Abbau der Vorkommnisse noch massiv im Wege

Die Nachfrage nach Lithium ist im Zeitraum von 2000 bis 2008 um jährlich 22% gestiegen. Ein Drittel der bekannten, weltweiten Lithiumvorkommnisse liegen in Bolivien. Angesichts der oft geäußerten Annahme der Experten, dass Elektroautos mit Lithium-Batterien das Fortbewegungsmittel einer emissionsarmen, grünen Zukunft seien, wurde die bolivianische Regierung von einer wahren Goldrauschstimmung erfasst und pries das Land als „das Saudi Arabien des Lithiums“. Doch Lithium als Rohstoff besitzt andere Charakteristika als beispielsweise Erdöl oder Gas. Vor allem bei seiner Verarbeitung in Batterien kann es durch Recycling nach dem Ablauf des Lebenszyklus der Anwendung wiederverwertet werden. Somit wird Lithium-Recycling ab 2040 voraussichtlich zur Hauptquelle für Lithium werden. Dies schwächt die Monopolstellung der Herstellerländer sehr, im Vergleich beispielsweise zu ölproduzierenden Ländern. Außerdem ist in Bolivien die kommerzielle Lithiumproduktion Schätzungen zufolge noch etwa 10 bis 15 Jahre davon entfernt, global wettbewerbsfähig zu sein. Dies liegt zum einen an der geringen Qualität der dortigen Lithiumvorkommnisse, zum anderen aber auch an der fehlenden Infrastruktur und der instabilen politischen Verhältnisse. Ob und in wie weit der Staat Einkommen aus der Lithiumproduktion abschöpfen kann und soll ist ein Thema, das selbst in der sozialistischen Regierung von Präsident Evo Morales nicht unumstritten ist, wo regionale Tendenzen jetzt wieder vermehrt zum Tragen kommen. Momentan beherrscht der Ressourcennationalismus, nachdem Bodenschätze allein Volkseigentum sind, noch das Denken der bolivianischen Regierung. Jegliche Art der privaten Nutzung, vor allem durch multinationale Konzerne, ist verpönt. Dies hat in der Vergangenheit zu der Befürchtung geführt, dass die Entwicklung von Elektroautos weltweit durch die bolivianische Innenpolitik gehemmt werden könnte. Doch neueste Erkenntnisse aus der Entwicklung der hybriden Chevy Volt Batterie haben ergeben, dass die globale Produktion selbst ohne Bolivien zügig voranschreiten kann.

Ohne die zwingende Nachfrage nach bolivianischem Lithium ist Boliviens Stellung als zukünftiger Hauptlieferant mehr als unsicher. Chile verfügt ebenfalls über große Reserven und aus Afghanistan wurden im Juni dieses Jahres ebenfalls neue Funde gemeldet. Zudem machen neue technologische Möglichkeiten bereits heute kleinere bzw. bisher unzugängliche Lithiumquellen (z.B. als Nebenprodukt in der Gewinnung geothermaler Energie) rentabler und die Verwendung von Lithium in Elektroautos effizienter. [Mehr...](#)

Ressourcenknappheit: Kooperation als Überlebensstrategie

Vivian Brailey Fritschi, *Surviving the coming scarcity, International Relations and Security Network Zurich*, 25.08.2010

Die Welt steuert von einer Situation des relativen Überflusses auf einen allgemeinen Mangel zu: Schon bald wird es beispielsweise in Russland und Pakistan zu Engpässen bei der Lebensmittelversorgung kommen. Denn der übersteigerte Konsum geht momentan ungebremst weiter, obwohl die Ressourcen weltweit schwinden. Angesichts rasant wachsender Bevölkerungszahlen und dem Entstehen neureicher Verbrauchergruppen, die den bisherigen unvernünftigen Konsumstil imitieren, besteht die Gefahr, dass dies nicht nur negative wirtschaftliche Konsequenzen haben, sondern auch zu einer sicherheitspolitischen Eskalation führen wird. Deshalb müssen bereits heute die nötigen Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Versorgungsengpässe werden bald nicht mehr exotische Erscheinungen in fernen Ländern darstellen: Bereits im Juni warnte die Europäische Kommission vor Lieferproblemen bei 14 wirtschaftlich bedeutenden Rohstoffen in Europa. Das US-amerikanische [National Intelligence Council](#) sagt für die nächsten 15 bis 20 Jahre voraus, dass sich der Zugang zu sauberen und sicheren Energiequellen sowie chronische Wasser- und Nahrungsmittelknappheit zu den internationalen Hauptthemen entwickeln werden. Die [US Energy Information Association](#) schätzt, dass zwar die Energieproduktion in den nächsten 25 bis 30 Jahren um 40% steigen, aber die Nachfrage um fast 90% in die Höhe schnellen wird. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass bis 2025 in über 50 Staaten ein Zuwachs der Bevölkerung um mehr als ein Drittel erwartet wird. Laut der [Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung \(OECD\)](#) werden bis 2030 die Entwicklungsländer für 60% des globalen Wirtschaftswachstums verantwortlich sein und ganz andere Ansprüche an Ressourcen stellen als heute. In einer anderen [OECD-Studie](#) kommt die Befürchtung zum Ausdruck, dass die Nahrungsmittelproduktion ohne externe Schocks wie z.B. größere Dürren in den nächsten zehn Jahren zwar möglicherweise Schritthalten wird, aber die Versorgung mit Weizen und Zucker trotzdem höchst problematisch werden kann. Doch Wasser als das wichtigste und unersetzbarste aller Basisprodukte wird in jedem Fall bedrohlich knapp. Bis 2025 werden fast zwei Milliarden Menschen unter absoluter Wassernot leiden (weniger als 500m³ jährlich pro Person) und zwei Drittel der Weltbevölkerung mit Wasserknappheit (bis zu 1.000m³) zu kämpfen haben. Da in den Industrienationen der Wasserverbrauch pro Jahr bei 1.800 m³ bis 2.500m³ liegt und beispielsweise die Herstellung von einem Kilogramm Rindfleisch 16.000 Liter Wasser verschlingt, lassen sich soziale wie ökonomische Konsequenzen von verschwenderischem Wasserverbrauch im Jahr 2025 sehr viel schwieriger ignorieren als heute.

Dass die Ressourcenknappheit Konflikte entstehen und eskalieren lässt, ist unumstritten. Wie jedoch die Menschheit mit dem Wissen um diese Probleme umgeht, wird schon bald zu einer reinen Überlebensfrage werden. Im sicherheitspolitischen Bereich, vor allem bei der Konfliktlösung, werden aufgrund der globalen Natur der Problematik Kooperation und Kollaboration enorm an Bedeutung gewinnen. Denn die wachsende Knappheit verlangt besseres Haushalten weltweit: Der Verschwendung zum Beispiel beim Beifang in der Fischerei muss ein Ende gesetzt werden. Laut [WWF](#) werden alleine hier 38 Mio. Tonnen Meerestiere jährlich ungenutzt vernichtet. Die [UNO Kommission für Nachhaltige Entwicklung \(UN-DSD\)](#) arbeitet bereits heute daran, neue Konzepte für die nachhaltige Nutzung von Ressourcen zu entwickeln. Doch es wird sich erst dann etwas ändern, wenn auch nationale Regierungen und die Unternehmen Nachhaltigkeit als überlebensnotwendiges Wirtschaftsprinzip begreifen und entsprechend handeln. [Mehr...](#)

Terrorismus: Zentralasien als die neue Front?

Thomas M. Sanderson et al., *From the Ferghana Valley to South Waziristan, Center for Strategic & International Studies*, März 2010

Im Westen wird oft unterschätzt, wie sich die Erfolge der US-Amerikaner und Pakistaner bei der Bekämpfung von al-Qaida auf die Nachbarstaaten in Zentralasien auswirken. Denn die Aufständischen, die aus dem nordwestlichen Stammesgebieten Pakistans verdrängt werden, finden zunehmend in den zentralasiatischen Staaten

Tadschikistan, Usbekistan und Kirgisien Zuflucht. Doch damit entsteht auch die Gefahr, dass sich dieses Gebiet mit seinen 60 Mio. Einwohnern fast unbemerkt in eine neue Frontlinie im Kampf gegen den radikalen Islamismus verwandelt. Damit dies nicht geschieht, müssen vor allem die USA die betroffenen Regierungen verstärkt in ihre AfPak-Bemühungen mit einbeziehen, um die Region langfristig als Ganzes zu befrieden.

Die zentralasiatischen Staaten sind seit dem Zerfall der Sowjetunion nicht gerade von Stabilität und wirtschaftlichem Aufschwung geprägt. Obwohl es dort trotz überwältigender Armut bisher keine populäre Basis für den Terrorismus gibt, besteht die Gefahr, dass Terrorakte die lokalen Regierungen zu Überreaktionen verleiten und die Lage weiter destabilisieren. Die USA sollten von groß angelegten öffentlichen Kampagnen absehen, die darauf ausgerichtet sind, die Attraktivität des Radikalismus zu unterminieren, da dies in dieser Region eigentlich unnötig ist. Stattdessen sollte Washington auf eine praxisorientierte Unterstützung der in Bedrängnis geratenen Regierungen setzen. In solche Bemühungen sollten nicht nur die Europäer einbezogen werden, sondern auch die Russen und Chinesen, deren nationale Sicherheit durch die Entwicklungen in der Region direkt betroffen ist. Eine US-amerikanische Schützenhilfe für Zentralasien muss aus den folgenden Komponenten zusammengesetzt sein:

- Nachrichtendienstlich verdächtige Personen sollten bereits aufgegriffen werden, bevor sie die Grenze erreichen.
- Der Übergang nach Zentralasien muss für Terroristen an der Grenze selbst erschwert und nach Möglichkeit völlig unterbunden werden, auch durch eine bessere Kontrolle der Reisedokumente.
- Die bei der Drogenbekämpfung eingesetzten Sicherheitskräfte sollten aktiv in die Terrorbekämpfung eingebunden werden.
- In den betroffenen Ländern muss darauf gedrängt werden, dass die Regierungen ihre Anti-Terror-Gesetzgebung in Einklang mit europäischen Menschenrechtsnormen bringen. Vor allem das veraltete und menschenunwürdige Gefängnisystem trägt zur Radikalisierung bei. Eine schnelle und aktive Reform der Gefängnisse ist unumgänglich.

Eine Konferenz zu den „best practice“-Erfolgsmethoden in der Demobilisierung ehemaliger Extremisten und zur Bekämpfung der Radikalisierung sollte einberufen werden, um die Möglichkeiten, die sich in Zentralasien in dieser Hinsicht bieten, näher zu untersuchen. Doch solche Programme werden nur dann Erfolg haben, wenn sich auch die Regime vor Ort ändern. Die Korruption der herrschenden Eliten in der Region vereitelt mit ihren kurzfristig angelegten, ineffektiven Programmen einen Erfolg im Kampf gegen den Fundamentalismus. Im Gegenteil, sie schüren geradezu den Unmut der Bevölkerung und untergraben die Bemühungen der ausländischen Mächte, Stabilität in der Region zu schaffen. Erst wenn auch lokale Machthaber begriffen haben, dass gehandelt werden muss, um das Entstehen einer neuen Front im Kampf gegen den Terror zu verhindern, wird sich die Situation in Zentralasien zum Guten wenden. [Mehr...](#)

Pro & Contra:

Israel vs. Iran: der nuklearen Herausforderung aktiv begegnen?

Pro: Israel muss schnell unter den NATO Schirm

Bruce Riedel, If Israel Attacks, *The National Interest*, September/Okttober 2010

Für Israel ist sein Atommonopol im Nahen Osten der Hauptgarant seiner Sicherheit. Dass der Iran schon bald ebenfalls eine Atombombe besitzen könnte, lässt die Lage in der Region gefährlich eskalieren. Für die USA ist die Aussicht, dass Israel und der Iran schon bald in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt sein könnten, sehr ernüchternd.

Israel weiß sehr wohl, dass die USA aufgrund ihrer Verstrickungen im Irak und in Afghanistan kaum im Nahen Osten eingreifen werden. So könnte die israelische Regierung versucht sein, ihre Monopolstellung mit Waffengewalt zu wahren. Dies würde Washington stark unter Druck setzen: Die iranischen Reaktion auf einen israelischen Angriff würde vor allem US-Interessen in Afghanistan, aber auch im ganzen Nahen Osten, stark gefährden. Ein baldiger Truppenabzug wäre unmöglich und die USA auf Jahre hinaus an die Region gebunden.

Es bleibt somit Washington nichts anderes übrig, als Jerusalem den Rücken so zu stärken, dass der Iran schachmatt gesetzt ist. Dadurch würde Israel einen Direktangriff auf iranische Nuklearanlagen nicht länger als attraktivste Option betrachten. Washington sollte Israel so bald wie möglich unter den nuklearen Schirm der NATO stellen, auch wenn dies aus politischen Gründen – nicht zuletzt mit Blick auf die Türkei – enorm schwierig durchzusetzen sein wird. Auch werden die Europäer von einer weiteren NATO-Erweiterung und der damit verbundenen Verantwortung kaum begeistert sein. Doch eine solche multilaterale, nukleare Sicherheitsgarantie ist für Israel die beste Absicherung gegen die iranische Bedrohung. Im Notfall – falls es politisch nicht möglich ist, den nuklearen Schirm der NATO auf Israel auszuweiten – bleibt den USA als Plan B nur, Israels Zweitschlagkapazitäten durch die Bereitstellung modernster Waffensysteme, hochentwickelter Frühwarnsystemen und raketenfähige Atom-U-Boote schnellstmöglich aufzuwerten. [Mehr...](#)

Contra: Panikmache ist nicht gerechtfertigt

Johan Bergenas, The Nuclear Domino Myth, *Foreign Affairs*, 31.08.2010

Die Weltgemeinschaft sollte mit Blick auf die iranische Atombombe keinesfalls überreagieren: Es wird zu keinem Domino-Effekt beim nuklearen Wettrüsten im Nahen Osten kommen, die Situation muss nicht zwangsläufig weiter eskalieren. Düstere Prognosen, dass die ganze Region innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte atomar aufrüsten wird, sollte dem Iran in den nächsten drei Jahren der Bau einer Atombombe gelingen, sind nicht gerechtfertigt. Die historischen Fakten unterstützen eine solche These nicht: Selbst als Israel in den 1960er Jahren sein Atomprogramm startete, folgten anderen Länder des Nahen Ostens dem Beispiel nicht, obwohl sie Israel gegenüber nicht gerade freundlich gestimmt waren. Mitte 2010 wurden zudem die Abrüstungsbemühungen durch den Beschluss der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrag gestärkt, 2012 einen Gipfel mit dem Ziel abzuhalten, den Nahen Osten in eine kernwaffenfreie Zone zu verwandeln.

Vor allem aber sind Untergangsszenarien wie die nukleare Dominotheorie kontraproduktiv und gefährlich. Bereits einmal haben falsche Angaben einen Krieg heraufbeschworen: als so genannte Experten meinten, der Irak stünde kurz vor einem Schlag mit chemischen Waffen. Ein solcher Mythos in Bezug auf den Iran könnte in der instabilen Region leicht zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden: Sobald die Nachbarn des Irans, allen voran Israel, davon überzeugt sind, dass im Fall einer iranischen Atomwaffe auch andere Regionalmächte aufrüsten werden, werden sie ihre eigenen Programme und Aktivitäten schneller vorantreiben, um dem zuvorzukommen. Natürlich stellt ein nuklearer Iran ein Gefahrenpotential dar: Diesem sollte die Weltgemeinschaft aber mit nuancierten, diplomatischen Mitteln und wohlgedachten, sowie angemessenen Maßnahmen begegnen, statt mit Panikmache. [Mehr...](#)

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chris Wilcox/Björn Sacknieß

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 246 303 633

Email: info@atlantische-initiative.org